Newsletter

NEUES AUS EUROPA

... und der Großregion SaarLorLux

Jo Leinen, MdEP
Juli 2016

S&D

Liebe Genossinnen und Genossen,

Frankreich ist erneut Opfer einer brutalen Attacke geworden. Meine Gedanken und mein Mitgefühl gelten unseren französischen Nachbarn und Freunden. Europa muss dem Terrorismus die Stirn bieten und die Bekämpfung der Ursachen als gemeinsame Aufgabe begreifen.

Das Referendum in Großbritannien ist ein schreckliches Signal für Europa, aber auch die Chance für einen Neustart für das Europäische Projekt. Die EU-27 muss nun noch näher zusammenrücken. Wir brauchen einen Konvent, um eine grundlegende Debatte mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Öffentlichkeit zu führen und um die EU aus der Sinnkrise zu leiten.

Diese und weitere Themen findet Ihr in meinem neuen Newsletter. Viel Spaß beim Lesen!

Mit besten Grüßen

Jo Leinen

Newsletter
NEUES AUS EUROPA
... und der Großregion SaarLorLux

Jo Leinen, MdEP
Juli 2016

S&D

Themen:

Aktuelle Themen der Europapolitik

Angriff auf die Werte Europas

Brexit in Neustart für EU umwandeln

China-Strategie der EU überfällig

Meine Arbeit im Europäischen Parlament

Transparenzoffensive

Europawahlen: Blockaden statt Reformen im Ministerrat

Wirksamer Schutz der Verbraucher nötig

Energiesparen einfacher machen

News aus der Großregion SaarLorLux

EU-Gelder für saarländische Energiewende

Atommülllager in Bure: Neues Sicherheitsrisiko hinter der Grenze nicht hinnehmbar!

Besuchergruppen im Europäischen Parlament in Straßburg

Aktuelle Themen der Europapolitik

Angriff auf die Werte Europas

Alle Partner in Europa stehen in tiefer Anteilnahme und Solidarität an der Seite Frankreichs. Der Terrorismus ist eine Gefahr für unsere Werte und Freiheiten in Europa. Der Anschlag in Nizza zeigt die Notwendigkeit für einen größeren europäischen Zusammenhalt im Kampf gegen Hass und Terrorismus.

Meine Gedanken und mein Mitgefühl gelten unseren französischen Nachbarn und Freunden, die erneut Opfer einer brutalen Attacke geworden sind. Europa muss dem Terrorismus die Stirn bieten und die Bekämpfung der Ursachen als gemeinsame Aufgabe begreifen.

Brexit in Neustart für EU umwandeln

Die Betroffenheit über den Austritt Großbritanniens sollte als Chance für einen Neustart in der Europapolitik begriffen werden. Die EU-27 muss jetzt Blockaden überwinden und näher zusammenrücken. Die verantwortlichen Politiker müssen wieder die Herzen und nicht nur die Köpfe der Menschen erreichen.

Nach Frieden und Freiheit muss die Europäische Union mehr Sicherheit für die Menschen in Europa organisieren - soziale Sicherheit wie auch Sicherheit vor Kriminalität und unfairem Handel in der Welt.

Die nationalen Silos der Debatten führen in die Sackgasse. Wir brauchen jetzt eine gemeinsame europäische Plattform für die nächsten Schritte der europäischen Einigung. Das Europäische Parlament als Bürgerkammer in der EU sollte deshalb sein Initiativrecht für die Einberufung eines dritten Konvents wahrnehmen. Eine gründliche Europadebatte mit der Öffentlichkeit und der Zivilgesellschaft in der EU kann die derzeitige Sinnkrise beenden und den Mehrwert einer handlungsfähigen EU für die Bewältigung der großen Probleme verdeutlichen.

China-Strategie der EU überfällig

Die in Brüssel vorgestellte neue China-Strategie für die Europäische Union muss Klarheit für die Weiterentwicklung der EU-China-Beziehungen bringen. Die Überkapazitäten in China und Dumping-Importe mit chinesischen Produkten auf den europäischen Märkten, insbesondere dem Stahlsektor, wie auch die Übernahme hochinnovativer Firmen, zum Beispiel Kuka, durch

chinesische Investoren haben Fragen bezüglich eines freien Handels zwischen beiden Seiten aufgeworfen.

China und die EU müssen ihre Beziehungen auf der Grundlage klarer Prinzipien wie Transparenz und Gegenseitigkeit voranbringen. Neben den wirtschaftlichen Themen gibt es ein weites Feld der Zusammenarbeit für die Lösung globaler Probleme, von Klimaschutz über Sicherheit im Internet bis zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus.

Um erfolgreich zu sein, muss die EU das Verhältnis zu China viel systematischer anpacken und vor allen Dingen mit einer Stimme sprechen. Die Vorlage einer neuen China-Strategie durch die Hohe Beauftragte und Vizepräsidentin Federica Mogherini wird im Europäischen Parlament in den nächsten Monaten intensiv diskutiert.

Meine Arbeit im Europäischen Parlament

Transparenzoffensive

Der kontinuierliche Austausch zwischen politischen Entscheidungsträgern und Interessensvertretern aus Zivilgesellschaft, Kultur und Wirtschaft ist unerlässlich für das Funktionieren der Demokratie. Entscheidungen sollten nicht im luftleeren Raum getroffen werden.

Gleichzeitig haben die Bürgerinnen und Bürger ein Recht darauf, dass Entscheidungsfindungsprozesse so transparent und offen wie möglich verlaufen. Auf europäischer Ebene müssen sich deshalb alle Interessensvertreter in einem Transparenzregister registrieren, welches Antworten auf Kernfragen gibt: Welche Interessen werden verfolgt? Wer verfolgt diese Interessen? Welche Finanzmittel stehen diesen Leuten zur Verfügung?

Das Register ist hier aufrufbar:
http://ec.europa.eu/transparencyregister/public/homePage.do?locale=de

Zusätzlich veröffentliche ich auf meiner Homepage seit Beginn des Jahres 2016 freiwillig alle Termine mit Interessensvertretern, die von mir oder meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchgeführt werden.

Die aktuellsten Termine sind hier zu finden:
http://www.joleinen.de/Transparenz.169.0.html

Länger zurückliegende Termine wandern ins Archiv:
http://www.joleinen.de/Archiv.172.0.html

Europawahlen: Blockaden statt Reformen im Ministerrat

Alle reden nach dem Brexit-Votum von Reformen, aber leider folgen auf die Worte keine Taten. Während der niederländischen Präsidentschaft in den letzten sechs Monaten sind wir keinen Schritt vorangekommen. Im Ministerrat stößt die Gesetzesinitiative des Parlaments nur auf Blockaden.

Die Regierungen haben kein Interesse an attraktiveren Europawahlen. Das Parlament hat konkrete Vorschläge gemacht, wie die Europawahlen transparenter, sichtbarer und demokratischer vorbereitet und durchgeführt werden können. Wenn die Europawahlen im Mai 2019 unter verbesserten Bedingungen stattfinden sollen, muss jetzt die slowakische Präsidentschaft diesen Reformvorschlag bis Ende 2016 unter Dach und Fach bringen.

Gegen jede noch so kleine Verbesserung gibt es das Veto eines der Mitgliedsländer, gleich ob es die Verankerung der Spitzenkandidaten, die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Sichtbarkeit der Europäischen Parteien oder die Mindestschwelle für das Erringen von Mandaten im Europäischen Parlament ist. Ich bin gespannt, ob die Mitgliedsländer und ihre Regierungen aus dem Weckruf des Brexit-Votums etwas gelernt haben. Die kommenden Europawahlen in den Sand zu setzen, wäre der nächste harte Schlag gegen die europäische Idee.

Wirksamer Schutz der Verbraucher nötig

Bürgerinnen und Bürger der EU müssen sicher sein, dass ihre Lebensmittel und deren Verpackungen nicht gesundheitsschädlich sind. Das Vorsorgeprinzip muss auch hier durchgesetzt werden. Das Europäische Parlament hat während der Plenarwoche im Juni in Straßburg einen parteiübergreifenden Appell an die Europäische Kommission gerichtet, in dem ein besserer Schutz vor hormonwirksamen Stoffen gefordert wird. Diese sogenannten "endokrinen Disruptoren" können Auswirkungen auf das Hormonsystem von Menschen und auch auf ihre Gesundheit haben.

Substanzen mit hormonähnlicher Wirkung können über Plastikverpackungen oder Haushaltsgeräte von Verbrauchern aufgenommen werden. Es muss jetzt geklärt werden, welche Stoffe schädlich sind. Eine europäische Regulierung ist längst überfällig.
Bereits im Dezember 2015 entschied der Europäische Gerichtshof in einem Urteil, dass die Kommission den Kriterienkatalog für „endokrine Disruptoren“ vorlegen müsse und keine Verzögerung hinnehmbar sei.

Energiesparen einfacher machen

Ein vereinfachtes Energie-Label auf Elektrogeräten soll dem Verbraucher helfen, energieeffiziente Produkte zu kaufen und dabei Strom zu sparen. In Zukunft soll es eine einheitliche Kennzeichnung von A-G geben. Plusklassen wie A+++ fallen dann weg und der Verbraucher kann auf einen Blick sehen, welches Gerät das Sparsamste ist. Während der Plenarwoche im Juli haben wir zur Reform der Energieeffizienzkennzeichnung für Haushaltsgeräte die entsprechenden Entscheidungen getroffen.

Das Europaparlament setzt sich außerdem dafür ein, dass der absolute Energieverbrauch auf dem Label angegeben werden muss. Es gibt einen Trend zu besonders großen Geräten. Der Verbraucher muss hier klar erkennen können: Ein großer Kühlschrank ist gemessen an seiner Leistung zwar effizient, verbraucht aber insgesamt sehr viel Energie und erzeugt so höhere Stromkosten.

News aus der Großregion SaarLorLux

EU-Gelder für saarländische Energiewende

Jetzt können die Erneuerbaren Energien nicht nur im Saarland, sondern auch grenzüberschreitend mit den Nachbarn in Lothringen und Luxemburg weiter ausgebaut werden. Die saarländische Landesbank (SaarLB) erhält von der Europäischen Union Kreditsicherheiten bis zu 200 Millionen Euro für die Finanzierung von Wind- und Sonnenenergie-Projekten.

Wie vom Europäischen Parlament gefordert, wird der neue Europäische Investitionsfonds (EFSI) für Maßnahmen zum Klimaschutz eingesetzt. Mit der Absicherung von Kreditrisiken können jetzt auch kleinere Projekte von der Bank gefördert werden. Die Energiewende im

Saarland bekommt durch diese gute Nachricht einen neuen Impuls. Es ist gut, dass die Landesbank bei der Energiewende über die Landesgrenzen hinaus denkt und handelt.

Atommülllager in Bure: Neues Sicherheitsrisiko hinter der Grenze nicht hinnehmbar!

Mit dem Atommüllendlager in Bure droht in unserer Nachbarschaft ein neues Risiko für die Bürgerinnen und Bürger. Das französische Parlament hat ein entsprechendes Gesetz verabschiedet. Eine solche Entscheidung gefährdet die guten nachbarlichen Beziehungen in der Großregion SaarLorLux.

Jetzt geht es darum, die französischen Pläne genau zu prüfen und die Bürgerinnen und Bürger sowie die Nachbarn in Grenznähe angemessen in weitere Entscheidungen einzubeziehen. Viele Bedenken zur Sicherheit bestehen weiterhin und eine Lösung zur Atommüllendlagerung ist damit nicht gefunden. Die französische Regierung muss jetzt Klarheit schaffen und eine Beteiligung des Saarlandes im Genehmigungsverfahren sicherstellen.

Besuchergruppen im Europäischen Parlament in Straßburg

GeS-GemS Sulzbachtal

Landespressekonferenz Saar

SHG-Kliniken

Newsletter
NEUES AUS EUROPA
... und der Großregion SaarLorLux

Jo Leinen, MdEP
Juli 2016

Kontakt

Europa-Büro Jo Leinen
Talstraße 58
D-66119 Saarbrücken
europa-buero@joleinen.de
Tel. 0681-5891331
Fax. 0681-5891332

Im Internet
www.joleinen.de
www.spd-europa.de
www.europarl.de
facebook

MitarbeiterInnen:
Marlene Lehmann
Michael Bachmann
Petra Müller-Jost